

Neueste Nachrichten

Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Neueste Nachrichten“ erscheint an jedem Montag ausgenommen an den monatlichen Feiertagen. Der monatliche Bezugspreis beträgt 2,50 Mark. Einzelhefte 10 Pfennige. Bestellungen sind an den Verleger zu richten. Druck und Verlag: H. G. Schmidt, Halle a. S., Postfach 17. Fernsprecher: Halle a. S. 2411. Druck- und Verlagsanstalt: H. G. Schmidt, Halle a. S., Postfach 17. Fernsprecher: Halle a. S. 2411. Druck- und Verlagsanstalt: H. G. Schmidt, Halle a. S., Postfach 17. Fernsprecher: Halle a. S. 2411.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die vier Bergarbeiterverbände im Ruhrgebiet beschließen, das Arbeitszeitabkommen zum 28. Februar zu kündigen. Die Kündigung des Abkommens war bereits zum 1. Januar 1925 ausgesprochen, aber aus tatsächlichen Gründen von den Bergarbeiterverbänden zurückgezogen worden.

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ bestätigt, daß zwischen den Vertrauensleuten des Kronprinzen Rupprecht und des Generals Ludendorff Beziehungen stattgefunden haben, um zwischen beiden weitgehend einen gesellschaftlichen Modus vivendi zu schaffen.

Wie das Bankhaus Goldmann, Sachsse & Co. New York teilt, wurde die 7prozentige 10-Millionen-Dollar-Anleihe für Krupp, die zu einem Kupon von 3 3/4 Proz. angeboten wurde, überzeichnet.

Die für den 10.—13. Januar angekündigte zweite öffentliche Tagung ist bis Ende Januar verschoben worden.

Wie die sozialistische Presse berichtet, ist das von Frau Zeigler für ihren Mann, den ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten, eingeleitete Begräbnisgesuch abgelehnt worden.

Dem Reichsministerium des Innern wurden vor längerer Zeit größere Bestände schwarzrotgoldener Fahnen auf Lager gelegt und gegen Beschädigung an Vereinen weitergegeben. Aus diesen Beständen hat auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Fahnen im Werte von 3000 Mark bezogen. Da der Hersteller keine Zahlung leistete, hat jetzt die zuständige Stelle gegen die in Frage kommende Berliner Reichsbannergruppe Klage auf Zahlung eingeleitet.

Die Januar-Miete ist für Bayern um 7 Prozent erhöht worden, so daß sie nurmehr in München 71 Prozent, im übrigen Bayern 75 Prozent der Friedensmiete beträgt.

Die deutsch-russische Eisenbahnkonferenz, die in Moskau abgehalten wurde, wird Anfang Januar in Königsberg fortgesetzt werden. Nach Mitternachts sind man in allen Fragen zu einer Einigung gelangt. An den Verhandlungen in Königsberg werden auch Vertreter der baltischen Staaten teilnehmen.

Wie Sabas aus Brüssel berichtet, hat König Albert von Belgien nunmehr endgültig die Einladung des Marschalls Petain, im Auto die Wüste Sahara zu durchqueren, angenommen. Er verläßt Brüssel am Freitag und schiffet sich in Marseille ein. Die Expedition beginnt am 6. Januar.

Nach einer Meldung der „Idea Nazionale“ wurde in Mailand ein Putsch durch einen Kommunisten erschossen. In Bergamo wurde ein Putsch aus politischen Gründen erschossen. Auch in Ferrara fanden Angriffe von Kommunisten auf Faschisten statt; ebenso in Neapel.

Die Polizei in Sofia hat eine Summe von 3115 000 Lena beschlagnahmt, welche für die kommunistische Propaganda bestimmt war.

Die im größten Teil von Kongreßhohen und Ötphen seit längerer Zeit eingeführten Standorten für verschiedene Verbreden und Gebotsgebote werden von Neujahr an auf ein halbes Jahr verlängert, offenbar mit Rücksicht auf die unjüdischen Verhältnisse in den Ötgebieten.

Wie dem „Matin“ aus Washington gemeldet wird, hat Präsident Coolidge entsprechend dem vom Kongreß zum Ausdruck gebrachten Willen die ungesetzliche Zwangsmaßnahme der Arbeit zu Überführung der amerikanischen Marine angeordnet.

Aus Tientsin wird berichtet: In Kolen wurden dreihundert chinesische Soldaten hingerichtet, die an den Plünderungen in Tientsin teilgenommen hatten, weil ihre Löbnungsgebühren ausfallen waren.

Der Vertragsbruch der Entente.

Die fünf Feindbündnisse sind erfüllt bedingt, der Wustlauf der Kete festliegen, in der Deutschland offiziell mitgeteilt wird, daß die Kater Jone nicht geräumt wird. Aber die Begründung laufen die verheißene Besart durch die Welt, die in einem Überstimmten: Deutschlands Kräfte ist ungenügend und es hat gegen die Generalkontrolle Diktatur getroffen.

In Berlin hat Montag ein Ministerialrat stattgefunden, der mit dem inneren Beschlüssen erzieht, mit einer Protestaktion zu werden, bis der Volkshofbeschlusses offiziell mitgeteilt ist. Dieser wäre es wahrscheinlich gewesen, wenn sofort nach Kenntnis des Beschlusses der Volkshofkonferenz in einer amtlichen Erklärung der Reichsregierung die Reaktionen angeordnet worden wären. Einer solchen Rundgebung hätte doch mehr Gewicht innewohnt als den Auslassungen des Reichswehrministers gegenüber einem privaten Auftrag.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ hat der völksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Wolbenhaar (Köln) an Dr. Stresemann folgenden Telegramm geschickt: „Das Rheinland erwartet schärfsten Widerspruch der Reichsregierung und des ganzen deutschen Volkes gegen die verweigerte Räumung der nördlichen Zone.“

Der Rückzug der Amerikaner.

Wir haben schon gestern die Angaben mitgeteilt, daß die Befähigung der Amerikaner zu anderen Operationen sehr gering ist. Heute folgt prompt die Befähigung, daß Amerika nicht einmal zu einem wesentlichen fortrennen Protest sich anschließen kann. Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Washington hat das „State Department“ die Ermächtigung erteilt,

die Gerüchte zu dementieren, wonach Staatssekretär Hughes die amerikanischen Volkshof in Europa angehen ließe, den alliierten Regierungen mitzuteilen, daß das Schicksal des Dawes-Planes von einer friedlichen Regelung der Frage der Räumung des Kölner Gebietes abhängt. In amtlichen amerikanischen Kreisen wurde erklärt, die Regierung ist nicht der Ansicht, daß sie ein offizielles Recht habe, in dieser Frage Vorstellungen zu erheben, obgleich sie sich natürlich an allen Angelegenheiten, die die Wohlfahrt Europas betreffen, interessiert ist.

Das ist wesentlich und ausschlaggebend für die Franzosen, nicht aber eine „inoffizielle amerikanische Fühlungsnahme“, die den Zweck verfolgen soll, einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen.

Die Pariser Heißsporne.

In der französischen Kammer kam am Montag nachmittag zu einer größeren Aussprache über die französisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen, die Kölner Zone und das Abrüstungsproblem. Der Abgeordnete Marin beantragte für Frankreich das Recht, die Kölner Zone nach dem Abzug der Engländer zu übernehmen. Die Räumungspolitik sei nicht in Frankreich getreten, da Amerika und England die Garantiepolitik nicht unterzeichnet hätten und andererseits der Völkervertrag ausbreitend sei, die Sicherheitsfrage zu

England und die Sicherheitsfrage.

Die zwischen Herriot und Macdonald feierzeit auf der Londoner Konferenz getroffenen Abmachungen werden in den letzten Tagen in der englischen Öffentlichkeit lebhaft erörtert. Sie beziehen sich hauptsächlich auf die französische Sicherheitsfrage, jedoch solle hierzu auch die Forderung einer neutralisierten und garantierten Zone, die sich den Rhein entlang vom Ruhrgebiet bis nach Elbstadt-Brüchen erstrecken sollte, gehören. Zu der in den letzten Tagen in London viel erörterten Frage Herriots gegenüber Macdonald, daß Frankreich im Falle eines neuen Krieges von der europäischen Landkarte verschwinden würde, sagt der „Evening Standard“:

„Wir wollen nicht zweiwülfen von dieser Hebelhilfe machen. Wenn Frankreich tatsächlich zu schwach ist, um den Gefahr eines wiedererwachenden Deutschlands widerstehen zu können, dann ist doch der Versuch, einen solchen Giganten durch militärische Kräfte wiederhalten zu wollen, ein leer tragwürdiges Unterfangen.“

Vertrufung der europäischen Industrie.

Die Pariser Vertrag, die am 11. 1. Künftig außer Kraft treten, sei dem schließlichen Willen (?) der deutschen Wirtschaftsdelegierten mehr als fraglich. Marin forderte die Regierung auf, auf der Kontext der alliierten Finanzminister, die am 6. Januar zusammentritt, seine bindenden Abmachungen einzugehen. Der Redner sprach sich im Prinzip gegen eine Berücksichtigung der amerikanischen Ansprüche auf die Jahresleistungen des Dawesplanes aus. Der Finanzminister Clement legte in seiner Erwidrung, die französisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen würden fortgesetzt. Frankreich würde die amerikanischen Ansprüche auf Berücksichtigung bei der Verteilung der Jahresleistungen aus dem Schatzverträgen abkommen weniger aus juristischen als aus freundschaftlichen Gründen anerkennen.

Die Rückwirkung auf die Regierungskrise.

Endlich scheint man auch in Berliner Regierungskreisen zu begreifen, daß man sich nicht mit den an sich sehr begründbaren Wertungen der französischen Delegationen und einer Protestnote, die vor vier Wochen gegen die Nichträumung Kölns nach Paris geschickt wurde, begnügen darf, sondern daß das deutsche Volk etwas mehr von ihrer Regierung erwartet. Und man scheint sich auch darüber klar zu werden, daß die jetzige Regierung, die eigentlich gar keine mehr ist, nicht befähigt ist, vernunftgemäße Beschlüsse in der Kölner Frage zu fassen. Jedenfalls will der „Evening Standard“ am Dienstag oder Mittwoch vom Urlaub nach Berlin zurückkehren und dann sollen gleich nach Neujaer wegen der Dringlichkeit der bevorstehenden außerpolitischen Entscheidungen die Verhandlungen zur Bildung einer tragfähigen Regierung aufgenommen werden. Man erwartet, daß auch die Fraktionen frühzeitig genug in Berlin versammelt sein werden. — Hoffentlich wirkt die eiserne Kette des Feindbundes ein wenig anfeuernd auf diese Verhandlungen.

Wie sich die Dinge jetzt nach dem Umfassung der außerpolitischen Verhältnisse gestalten werden, läßt sich natürlich nicht voraussehen. Aus Berlin verläutet u. a., daß beim Zentrum das Gefühl für die Notwendigkeit, die Deutschen auf vollen Verantwortung für den kommenden Kurs Deutschlands heranzuziehen, in jetzigen Kreisen begriffen sei. Bekannte und angehende Männer der Zentrumspartei hätten in diesen Tagen unermüdet zum Ausdruck gebracht, daß sie von der bisher eingeschlagenen Richtung, die Bildung einer Einkreisregierung zu fördern, schwer enttäuscht sind. Von einer anderen Berliner Stelle erfahren wir, daß ein überparteiliches Kabinett wahrscheinlich ist, dem zum großen Teil die jetzigen Minister, losgelöst von ihren Fraktionen, angehören sollen, und daß man das Reichsjustizministerium, das Reichswehrministerium und vielleicht auch noch das durch das Ausschneiden von Jares freigemordene Innenministerium durch Männer deutschnationalen Einschlags besetzt, mit deren Ernennung sich die Rechte vorher einverstanden erklärt haben müßte.

Amerika und sein Schuldner

Die Erklärung des französischen Finanzministers, daß Frankreich keine Schulden an Amerika als „politische Schulden“ betraute, hat die Schuldfrage wieder in den Vordergrund des amerikanischen Interesses gerückt. Die Regierung und Kongreßkreise setzen Überberaldung und Entstraffung über diese Beurteilung und erklären, daß die amerikanisch-französischen Beziehungen im wesentlichen Weise von der Regelung der Schuldfrage abhängen. Amerika werde in keinem Falle die Beurteilung der Schuldfrage mit der Reparationsfrage zu lassen.

Die Lage in Marokko.

Reuter meldet aus Tanger, daß die Lage in der westlichen Zone Marokkos sich weiterhin verbessere. Spanische Flugzeuge bombardieren die Unberuhigtheiten mit Gasbomben. Vlodhäuser sind nahe der internationalen Zone zur Vermeldung eines Liebergeistes der Feindgefechten auf das Tangergelände erklärt worden.

Vertrufung der europäischen Industrie.

Die Pariser Vertrag ist in einem Augenblick besonders aktuell, in dem, wie wir gestern methode, die englischen Industriellen ihre Mitwirkung verlangt haben. Die folgenden Auswirkungen eines politisch-wirtschaftlichen Mißbehalters geben einen Überblick über die Tragweite ihrer ihre wirtschaftlichen Vorteile und Nachteile. Wir behalten uns vor, auf das schwerere und weitestliegende Thema noch ausführlicher zurückzukommen, zumal die Darlegungen des Berichtlers in einigen Punkten sich nicht ganz mit derer ähnlich decken. Die Schriftleitung.

Die Verträge der deutschen Schwerindustrie, zunächst mit dem Comité de l'Industrie organisierte Beziehungen zu treten, hatten 1 1/2 Jahre zurück, auf jene Zeit nämlich, als es durch den Sturz des Kabinetts Coum deutlich geworden war, daß mit dem Zusammenbruch des Ruhrwerkes sicher zu rechnen sei. Damals sind die ersten Fühler nach Paris ausgeklettert worden. Allerdings fand man dort anfangs sehr wenig Gutes. Der eigentliche Grund des Aufretrübtes war die Weigerung der deutschen Industrie gegen den französischen Druck überließung von 30 bis 60 Prozent der Aktien deutscher Unternehmen einen maßgebenden Einfluß zu geben. Wie die in Paris zuerst stattfindenden Verhandlungen über diesen besonderen Punkt enden werden, ist angesichts der Tatsache, daß die Beziehungen der Schwerindustrie mit dem großen Geheimnis umgeben werden, noch ganz ungewiß. Das man hat von hierfür die — Borte. Das jordanische in der Montanpapieren gibt allerhand zu denken.

Den jetzigen Verhandlungen in Paris gehen zwei nicht ganz uninteressante Vorkommnisse voraus. Einmal kam seit, daß allein ein deutsch-französisch-belgisches Zusammenarbeiten der gesamten Montan- und Stahlindustrie herbeigeführt werden sollte. Wieweit das durch französisch-belgischem Druck — man hatte ja das deutsche Industriegebiet in der Hand — erzwungen worden ist, läßt sich nicht in aller Deutlichkeit erkennen, aber kann als zweifellos vorausgesetzt werden. Nun begannen jedoch deutliche englische Drohungen, Drohungen, die aber wenig verhängnisvoll, so daß die Engländer, die den Abbruch der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen als Hauptbegehren wollten, doch schließlich kein Gebot, und es zu dem für uns verhältnismäßig günstigen Handelsvertrag gekommen ist. Von Einfluß war dabei, daß die Pläne eines kontinentalen Stahltrüts zu denen eines europäischen erweitert wurden.

Das zweite Vorkommnis war die Reise Nriß Thiellens nach Amerika. Es sind darüber die verschiedensten Vermutungen ausgesprochen worden, aber man geht doch wohl nicht fehl mit der Ansicht, daß die Pläne eines Weltstaahltrüts es waren, die ihn nach Amerika hinüberführten, oder vielmehr auch die Ansicht, das Verhältnis eines europäischen Trüts zur amerikanischen Stahlindustrie als der zurzeit stärksten der Welt irgendwie zu regeln. Beides ist aber sicher möglich, und es blieb nun bei den deutsch-englisch-belgisch-amerikanischen französisch-spanischen Verhandlungen in Paris.

Die deutsche Öffentlichkeit hat sich über diese Verhandlungen, die den deutschen Handelsvertragsverhandlungen in Paris parallel gingen, sehr aufgeregt und von einem „höflichen Vorgehen“ der Wirtschaft ohne Rücksicht auf den Staat gesprochen. Darin liegt eine vollkommene Verkennung der Ziele, die einerseits das Reich, andererseits die Industrie bei diesen Verhandlungen hat. Es handelt sich doch selbstverständlich bei den Verhandlungen der Industriellen nicht um politisch-wirtschaftliche Fragen, sondern um solche der wirtschaftlich-technischen Betriebsorganisation, dann weiter, falls wirklich der Bekannte eines Trüts verwirklicht werden sollte, auch um Fragen der Produktionsverteilung, der Abgrenzung der Absatzgebiete, der Kontingentverteilung und schließlich der Preise, — also alles Dinge, die mit handels- und politisch-wirtschaftlichen der beiderseitigen Staaten Deutschland und Frankreich nicht das geringste zu tun haben. Bezeichnend dabei ist übrigens die merkwürdige Erscheinung, daß in der deutschen Öffentlichkeit sich über die Schwerindustrie-Verhandlungen gerade jene Kreise aufzuregen,

